

verhindern. Kommen wach in Verkenntnis von Sein und Nichtsein. Dr. Kleiner Deutchen führt aus: Dass deutsche Volk nur in der Überzeugung gebraucht werden, dass die Zukunft des Deutschen Reichs im Osten liegt. Wir sind Polz, das in den katholischen Oberschlesien der nationale Gedanke marschiert, das Katholiken und Protestanten in den Kampfseiten des Ostens vereint sind durch die nationale Idee. Archidirektor Kaufmann Danzig gedachte in seiner Rede Danzigs. Heute und immer sei Danzig eine Stadt des Deutschland.

Die nächste Danzigs in Deutschland sei das Ziel der Wünsche Danzigs.

Nach weiteren Verträgen teils politischen, teils landwirtschaftlichen Inhalts wurde eine Entscheidung angenommen, in der die Versammlung u. a. forderte, dass Reichsregierung und Reichsrat jede direkte oder indirekte Belegerung der heutigen Ostgrenzen ablehnen und seinem Vertrag zu stimmen, der Frankreich praktisch zum Garanten an der Ostgrenze macht. Weiter wurden Entschließungen zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, zur Fürsorge für die Örtanten und zur Einverleibung von Polen nach Deutschland angenommen. An Reichspräsident von Hindenburg wurde ein Huldigungsschreiben angedacht.

Putschgerüchte aus Bayern.

Chronbereigungspläne des bayerischen Kronprinzen.

Schon vor einiger Zeit hatte die sozialdemokratische Münchener Post Gerüchte über neue Putschvorbereitungen in Bayern gebracht, die indessen von der gesamten übrigen bayerischen Presse entschieden in Abrede gestellt wurden. Die Frankfurter Zeitung will nunmehr in der Lage sein, über diese Putschabsichten Einzelheiten veröffentlicht zu können, wobei man allerdings die Gewähr für deren Richtigkeit dem genannten Blatt überlassen muss. Die Frankfurter Zeitung gibt die Anschrift einer bayerischen Persönlichkeit wieder, wonach die beiden hervorragenden Berater des Kronprinzen Rupprecht, nämlich sein Adjutant Graf v. Soden und der ehemalige Kommandeur der bayerischen Reichswehrdivision General Moehl, vor etwa zwei Wochen den maßgebenden Behörden Besuch gemacht haben, bei denen sie die Frage stellten, wie man sich verhalten würde, wenn Kronprinz Rupprecht in naher Zeit sich veranlaßt führe, die Gewalt zu übernehmen.

Die in Frage kommenden Stellen hätten, wie das Blatt weiter meldet, abgelehnt. Keiner der Herren, an die diese Frage gestellt worden wäre, hatte nach der Anschrift auch nur einen Augenblick gezögert, zu antworten: Er sei, wenn auch kein Republikaner von Gesinnung, verpflichtet, die Staatsordnung und die Verfassung zu schützen. Der angekündigte Schritt könne, von wem er auch kommt, nur als ein revolutionärer Umsturzversuch angesehen werden. Die bayerische Regierung wird zu dieser Meldung demnächst öffentliche Stellung nehmen.

Es wird weiter mitgeteilt, daß in einem Schreiben aus der Umgebung des Kronprinzen an Hindenburg das Verbot an die Reichswehr, sämtlich noch vor dem Kronprinzen Rupprecht als einem Offizier der alten Armee zu defilieren, kritisiert worden sei. Der Reichspräsident habe das Schreiben aber nicht beantwortet.

Bei einer Demonstration von Hitler-Anhängern in München wurden von der Polizei 17 Verhaftungen vorgenommen.

Fehler der deutschen Politik.

Der Dolchstossprozeß in München.

(16. Tag.) § München, 9. November.
Der ersten Tag der vierten Verhandlungswoche leitete Oberst a. D. Schwerdtfeger-Hannover, der auch dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein Gutachten erstattet hat, mit einem Gutachten ein, in dem er betont, daß er schon im Herbst 1921 die begünstigte Unstabilität und Gefährlichkeit des Wortes "Dolchstoss" gekennzeichnet habe. Es diene weder der Aussicht noch der inneren Sammlung des deutschen Volkes. Er erklärte weiter, es sei kein Zweifel darüber möglich, daß eine revolutionierende Propaganda bestanden habe. Zu dem Versuch der beiden Prozeßparteien, daß gesamte Problem durch prosoziale Möglichkeiten zu lösen, müsse er erläutern, daß er die Klärung historischer Vorgänge durch Prozeßverhandlungen als ausgeschlossen betrachte. Zu den Thesen und Gegenthesen der Prozeßparteien erläuterte der Sachverständige unter anderem, der Vorwurf, das die Führer der Arbeiterchaft von Anfang an auf eine Sabotage des Sieges hingearbeitet hätten, sei unverständlich formuliert. Gegen die Behauptung, daß es den USPD-Führern darauf angekommen sei, in der deutschen Arbeiterchaft den Glauben zu erwecken, daß auch in den sinnlichen Ländern Stellbewegungen der Kriegsarbeiter im Gange seien, sei nichts einzurwenden. Richtig sei auch, daß die Möglichkeit des Sieges durch die

revolutionäre Arbeit hinter der Front beeinträchtigt worden sei. Dass in der Heimat Misstände bestanden hätten, sei nicht zu bestreiten. In der Kriegszielfrage sei es der schwerste Fehler Beimann Hollwegs gewesen, daß er die Errichtung der Kriegsziele freigegeben hätte. Dabei sei der Charakter des Verteidigungskrieges verschwunden. Zur belgischen Frage und den angeblich von der Heeresleitung betriebenen Aktionen bemerkte der Sachverständige Oberst a. D. Schwerdtfeger, es sei zessaristisch der militärischen Führung, für einen etwaigen neuen Krieg möglichst günstige Voraussetzungen zu schaffen, jedoch Sache der Politik sei es darüber zu entscheiden, was mit den im Kriege gewonnenen Gebieten geschehen solle. Für die deutsche Politik hätte es in der Tat kein Ziel sein können, die Landkarte zu verändern und fremdsprachige Gebiete sich einzuverleben zu wollen. Es sei ein schwerer Fehler der deutschen Politik gewesen, daß das lateinische Wort über Belgien nicht gesprochen wurde. Die vielleicht ungewöhnliche Erroberungspropaganda eines Teiles der Presse habe uns außerordentlich geschadet. Der Aufsatz eines Sachverständigen von einer

Kapitulation auf Gnade und Ungnade

sei zu widersprechen. Auch nach dem Waffenstillstandsangebot hätte das Heer noch weiter kämpfen können. Das allerdings die Forderung der O. D. P. in Berlin eine Panikstimmung ausgelöst habe, sei richtig. Dass das Friedensangebot vom 4. Oktober auf Verlangen der O. D. P. gestellt wurde, habe er erst später aus einer Veröffentlichung des viel zu Unrecht verläßteren ehemaligen Prinzen Max von Baden entnommen. Selbst die Genialität eines Staatsmannes von den Ausmaßen Bismarcks würde nicht ausgereicht haben, durch Mittel der Diplomatie das zu erreichen, wozu die militärischen Nachtmittel führten. Die Forderungen der O. D. P. seien auf die sofortige Einleitung von Schritten hinzugetragen, die einen möglichst baldigen Waffenstillstand herbeiführen sollten. Die Tatsache eines Drängens der O. D. P. sei unbestreitbar. Zur Frage der Abdankung des Kaisers steht der Sachverständige fest, daß die Mehrheitssozialdemokratische Partei noch am 9. November 1918 einen Ausstieg ihrer Parteimitglieder aus der Regierung als eine Gefährdung der Waffenstillstandsverhandlungen angesehen habe. Tatsächlich sei aber Scheidemann am 9. November früh aus der Regierung ausgetreten, ehe der Waffenstillstand abgeschlossen war. Die

Abreise Kaiser Wilhelms in den kritischen Tagen von Berlin sei von einschneidender Bedeutung gewesen, da alle

wichtigsten, zur Verhandlung zutreffend auf vielerlei anderen entscheidenden Fragen tatsächlich ein einer ganz unwürdigen Hoffnung abgemacht werden mussten. Der Zusammenbruch der letzten Reihe der Staatsmacht in Berlin, während die deutschen Unterhändler im Walde von Compiegne den Entente gegenüberstanden, habe die Möglichkeit, die Waffenstillstandsbedingungen abzulehnen, völlig ausgeschlossen. Dass die Frage der Abdankung des Kaisers im November 1918 von der NSPD in den Vordergrund gehoben wurde, sei von verhängnisvoller innerpolitischer Auswirkung geworden. Zum Abschluß des Waffenstillstandes wäre diese Lösung nicht notwendig gewesen. Der Sachverständige sah seine Stellung dahin zusammen, daß er den Vorwurf der bewußten Geschichtsschaffung gegenüber Prof. Cohnmann in seinem Fall als berechtigt anzusehen könne, wenn er auch eine Reihe von literarischen Bedenken gegen die Dolchstosstheorie, sowie die nicht hinreichend klare Unterscheidung der NSPD und der USPD habe.

Bewertungsbeirat und Landwirtschaft.

Der Zweck der Besichtigungsreisen.

Über die Tätigkeit des auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes gebildeten Bewertungsbeirats herrschen nach einer amtlichen Mitteilung in der Landwirtschaft noch vielfach unsichere Vorstellungen, die bedauerlicherweise in einzelnen Fällen zu Angriffen gegen den Bewertungsbeirat geführt haben. Es besteht in weiten Kreisen immer noch die Ansicht, daß der Bewertungsbeirat schon auf seiner Besichtigungsreise eine Bewertung der landwirtschaftlichen Betriebe vornehme und daß die landwirtschaftlichen Organisationen ausgeschaltet seien; sie dürften insbesondere an der Besichtigung der Betriebe nicht teilnehmen, man gebe ihnen nur in den Abendbesprechungen Gelegenheit zu einer kurzen Äußerung.

Diese Auffassungen sind irrig. Die Besichtigungsreise dient lediglich dazu, um den Mitgliedern des Bewertungsbeirats einen Überblick über die landwirtschaftlichen Verhältnisse in ganzen Deutschen Reich zu gewähren. Regelmäßige Beschlüsse über die Bewertung werden noch nicht gesetzt. In den täglich stattfindenden Besprechungen wird den landwirtschaftlichen Organisationen Gelegenheit gegeben, sich einzubringen und ohne jede Beschränkung über alle für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Verhältnisse wichtigen Fragen zu äußern. Außerdem beabsichtigt der Bewertungsbeirat nach Beendigung der Besichtigungsreise durch Deutschland vor der Beendigung der Beurteilung, die erst nach Nachprüfung der Reinertragsberechnungen in den Vergleichsbetrieben erfolgen kann, Vertreter der Organisationen über die für ihn ungünstigeren Fragen zu hören.

Eine Teilnahme der Organisationen an der Besichtigungsreise ist nicht angängig, weil der Bewertungsbeirat in seiner Mehrzahl aus landwirtschaftlichen Sachverständigen besteht, sich unbedingt ein eigenes unabhängiges Urteil bilden muss.

Frankreichs Schwierigkeiten in Syrien.

Proklamierung einer provisorischen Regierung.

Aus Kairo melden Londoner Blätter: Die letzten Nachrichten aus Damaskus geben Grund zu betrüfflicher Besorgnis. Die Aufständischen haben Daraa angegriffen und besetzt. Der Führer der Aufständischen, Schelasch, hat sich selbst zum Militärgouverneur einer provisorischen Regierung und Nossib-el-Batki zum Gouverneur ernannt. Nach der "Daily Mail" ist es in den Gärten der Vororte von Damaskus zu einem Kampf zwischen Franzosen und Aufständischen gekommen, die sich beim Hereinbrechen der Nacht zurückzogen.

In der Kammerkommission erklärte der französische Außenminister Briand, daß Frankreich auf das ihm vom Völkerbund übertragene Mandat in Syrien nicht verzichten könne, weder im Interesse der syrischen Bevölkerung wie mit Absicht auf das Prestige Frankreichs. Die Ernennung des Senators de Jouvenel zum Oberkommissar von Syrien wird nunmehr bestätigt.

Syrien in der Hand der Aufrührer

Neue Kämpfe in Damaskus.

Noch aus Jerusalem vorliegenden Meldungen halte die Deutschen das gesamte Gebiet zwischen Damaskus und Homs besetzt. Sie beabsichtigen anscheinend ein wenigstens einen Angriff, um zu versuchen, einen Teil der Eisenbahnstrecke Homs-Damaskus zu zerstören. Die Aufständischen sollen ihre Tätigkeit hauptsächlich auf die Gegend von Homs-Baalbek-Nisib konzentrieren, um die Franzosen bei Aleppo und im Haurangebiet zu isolieren. Die Franzosen sind sich über die ihnen zwischen Homs und Aleppo drohende Gefahr vollkommen klar. "Morning Post" berichtet aus Beirut, daß das Land augenblicklich zu größten Teilen in den Händen der Aufständischen sei. Es seien nicht genügend französische Truppen vorhanden, um ihnen entgegenzutreten, und deshalb sei sehr große Verstärkungen notwendig.

Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Damaskus haben die Aufständischen die Stadt wieder angegriffen. Sie versuchten, die französischen Maschinengewehre zu stürmen. Das Gefecht dauerte über eine Stunde. Der moslemische Bevölkerung der Stadt bemächtigte sich großer Erregung. Die christliche Bevölkerung begann unter Rückflucht von Hab und Gut zu fliehen. Tausende versuchten den einzigen abfahrbaren Zug zu stürmen, um sich einen Platz zu sichern. Riesig 25 000 Bewohner haben jetzt Damaskus verlassen. 15 000 Flüchtlinge befinden sich in Beirut. "Daily Mail" meldet aus Beirut die Ankunft von zwei amerikanischen Beratern zum Schutz der amerikanischen Interessen in Syrien.

Nach einer Lausanner Meldung der "Daily Mail" bemüht sich die französische Regierung durch den Druidenvertreter in der Schweiz Fühlung mit den aufständischen Druidenführern zu nehmen. Es werde berichtet, daß Frankreich vorgeschlagen habe, einen Bruder des Königs Fesal von Mesopotamien zum König von Syrien zu machen. Fesal habe diesen Vorschlag in der letzten Woche mit Painlevé erörtert.

Völkerbundkommissar Zaidone im Mossulgebiet.

Bagdad, 9. November. Der Beauftragte des Völkerbundes General Zaidone, hat den Notabeln und Beamten des Mossulgebietes in einer Erklärung mitgeteilt, daß er in das Mossulgebiet gesandt worden sei, um dem Völkerbund Bericht über die vorliegende Lage zu erläutern. Die an der strittigen Grenzlinie wohnenden Einheimischen werden aufgefordert, die Kommission bei ihrer Arbeit zu unterstützen und Zwischenfälle zu vermeiden, denn sonst würden neue Schwierigkeiten entstehen.

Haus unserer Heimat

Wilsdruff, am 10. November 1925.

Wochblatt für den 11. November.

Sonnenaufgang 7^h Mondaufgang 1^h 13^h
Sonnenuntergang 4^h Monduntergang 2^h 21^h

1918 Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und der Ukraine. — 1919 Kardinal Felix von Hartmann in Köln gest.

Landesausschuß Sachsen für die Zeppelin-Edener-Spende. Auf Antrag des Verbundes Sächsischer Industrieller fand am Sonntagvormittag eine Versammlung seiner Mitglieder, von Vertretern der Staatsregierung, der Kreishauptmannschaften, Hauptstädte, Handels- und Gewerbeämtern, Spitzenvertretern der Wirtschaft und größeren Korporationen im Sitzungssaal des Verbundes Sächsischer Industrieller in Dresden statt, der auch Dr. Edener bewohnte. Der Vorsitzende des Verbundes, Otto Moras (Hütten), leitete die Versammlung; er begrüßte besonders herzlich Dr. Edener, der das Erbe des Grafen Zeppelin verwahrt, und empfahl die Gründung eines sächsischen Landesausschusses, wobei zu betonen sei, daß es sich nicht allein um eine nationale, sondern auch um eine wirtschaftliche Sache handle. Dr. Edener entwickelte in längerer Rede seine Ziele und Pläne, worauf in einem Meinungsaustausch noch verschiedene Fragen behandelt wurden, die Dr. Edener in ausführlichen Sätzen beantwortete. Darauf wurde die Gründung des Landesausschusses beschlossen und auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Blüher der Vorsitzende des Verbundes, Moras, zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Sonditus Dr. Moras entwarf ein eingehendes Bild der noch vorgeschmiedeten Organisation, der man zustimmt. Die ehrenamtlich zu führende Geschäftsleitung wurde dem Regierungsvorstand übertragen. Der Verbund der Industriellen sagte zu, das Unternehmen räge zu unterstützen.

Grund- und Hausbesitzerverein. Die Versammlung am Sonnabend in der Tonhalle wurde mit begreifenden Worten vom Vorsitzenden, Herrn Hildebrandt, eröffnet, der nach Erledigung einer Ausnahme verschiedene wichtige Sachen aus Rücksicht auf Sächsische Grund- und Hausbesitzerverbände des damaligen Sachsen erörterte. Als Delegierter zu der am Sonntag in Reichenbach befindlichen Bezirkstagssitzung wurde Herr Schröder abgeordnet. Über die Selbsthilfe der deutschen Hausbesitzer lag ein Entwurf des Verbandsvorstandes vor. Die wichtigsten Punkte wurden daraus vorgelesen und wie der Vorsitzende, so empfahl auch Herr Schröder am 1. der Unterstüzung der Selbsthilfe im eigenen Interesse jedem Hausbesitzer. Herr Schuhmacher-obermeister Busch beantragte, den Stadtrat zu ersuchen, die Wohnungs-Dienstwirtschaft für Untermieter und die Tauschwohnungsvermittlung beim Wohnungsmamt sofort aufzuhören. Nur wer keine Wohnung hat und eine solche notwendig braucht, soll in der Liste geführt werden. Die Aufnahme in die Liste soll nur erfolgen, wenn der Einwohner 30 Jahre alt ist. Nachdem Herr Busch dazu eingehende Begründung gegeben hatte, ergab die Debatte, daß der erste Antrag keine Gegenliebe fand. Bei der Abstimmung wurde er gegen eine Stimme abgelehnt. Der zweite Antrag wurde dagegen ergänzt, daß die Aufstellung einer vollständig neuen Wohnungsliste gemäßigt wird und das Alter des Wohnungssuchenden auf 25 Jahre festgelegt werden soll. Das fand einstimmige Annahme und die Formulierung wurde dem Vorstand überlassen. Herr Hildebrandt berichtete dann über den getätigten Zusammenschluß der mittelständischen Vereine zu einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Einstimmig wird der gestellte Antrag, den Beitrag gutzubehalten, genehmigt. Die vom Hausbesitzerverein mit acht anderen Vereinen unterzeichnete Einigung an den Stadtrat betrifft Erarbeitung der geplanten Pauschale für Stromtarif ist an die Freititzer Kraftwerke weitergeleitet worden. Befremdet erregte es, daß die Sache nicht dem Stadtvorstandeskollegium vorgelegen habe. Man wünscht allgemein, die Gründe hierfür kennen zu lernen. Der geplante Bau des Transformatorgebäudes auf dem Marktplatz soll auch hier wieder zur Sprache und wurde allenfalls verurteilt und als eine Verhandlung des Stadtbildes angelebt. Der Arbeitsgemeinschaft soll die Sache unterbreiten und weitere Schritte empfohlen werden. Nachdem noch über Aufwertungsfragen gesprochen und Herr Hildebrandt davon gewünscht hatte, die Stadtvorstandesitzungen von bürgerlicher Seite mehr als bisher zu besuchen, wurde beschlossen, das Vereinsjahr mit dem Kalenderjahr abschließen und die Hauptversammlung künftig im Januar stattfinden zu lassen.

Die Freiwillige Feuerwehr war gestern nachmittag 3 Uhr nach Grumbach gerufen, um auf Wunsch der dortigen Wehr in Gemeinschaft mit dieser den Einwohnern zu zeigen, was eine schlagfertige Wehr bedeutet. Angenommen wurde, daß im Kirchhof ein Brand ausgedroht war, wo sich die Wasserleitung sehr schwierig gestaltet. Nicht weniger wie drei Spritzen waren nötig, um von der Saubach eine Leitung mit genügend Wasser und dem nötigen Druck nach der Brandstelle zu leiten. Das erbrachte wiederum den Beweis, daß mit Menschenkraft in ähnlichen Fällen fast nichts erreicht werden kann und die Anschaffung einer Motorpumpe dringend notwendig ist. Die Übung brachte beiden Wehren wieder reiche Erfahrung und zeigte, wie ungemeinlich gutnachbarliches Einvernehmen und rege Zusammenarbeit sind, wenn die großen Ziele der Hilfe für den Nächsten erreicht werden sollen. Gut Schlauch!

Priv. Schützengeellschaft. Die gestrige gutbesuchte außerordentliche Hauptversammlung im Schützenhaus wurde vom Präsidenten, Herrn Stadtrat Quanz, mit degrüßenden Worten eröffnet. Er betonte die ablehnende Haltung der Schützengeellschaft zur Feier des 9. Novbr., im Gegenteil, es sei ihre Sache, Vaterland- und Heimatsliebe, sowie Gemeinschaftsgeist zu pflegen. Ein treibig aufgenommenes Hoch aus das Wachen und Blühen der Schützengeellschaft befandete die Zustimmung aller Anwesenden. Nach Erledigung von Eingängen wurde auf Vorschlag des Präsidenten gegen eine Stimme der Beirat zum Weißeritz-Mühlataler Schützenbau beschlossen. Anstelle des § 3 Abs. 3 der Satzung schlug das Direktorium eine gedruckt vorliegende Änderung vor, der die Versammlung auch zustimmte. Dann konnte wieder ein treuerdientes Mitglied geehrt werden. Seit dem 15. April 1885 ist Komrad Paul Schmid ein aktives Mitglied der Gesellschaft. Er wurde zum Ehrenmitglied ernannt und ihm unter entsprechenden Worten des Präsidenten das Ehrenzeichen überreicht. Am 19. Januar soll im Schützenhaus das Frühjahrsvergnügen in Form eines Tafelballs abgehalten werden. Eine längere Aussprache entspann sich über Uniformbefestigung, die schließlich endete, daß Herr Ernst Löbel sich bereit erklärte, die Sache in die Hand nehmen zu wollen, um sie vielleicht durch Wiederaufnahme des Gedankens der Anteilnahme einer Böung zuzuführen. Nachdem der Präsident dem Schriftführer noch für seine Wöhewaltung gedankt, sond die Versammlung gegen 12 Uhr ihr Ende.

abend
Heimat
Wald
Vorbr
ist, da
Wend
in die
Klein
berg,
gering
Seite
angeb
wurde
und z
einem
seit
schaft
wir, d
regier
von E
Erteil
erst a
lamm
Hinau
lage
treten
S
hat —
Jahren
und den
den lo
nischen
erteile
des S
wählte
ausge
berige
tragen
Dank
bei P
des E
wortu
versch
längere
der
der
900 Z
word
der h
als j
durch
beit,
Wurd
Gott
der L
hund
der a
Zann
Satz
geleg
nicht
Wurd
der
der
R. w
dem i
der
er stü
Rüst
mehr
Nicht
Mit
jeit a
der c
dem
Tepli
Lätti
mati
und
raub
Nac
in G
gleich
der C